

Die chinesische Führung bekräftigt ihren Kurs

Schucher, Günter; Giese, Karsten; Schüller, Margot; Willmann, Katrin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schucher, G., Giese, K., Schüller, M., & Willmann, K. (2007). *Die chinesische Führung bekräftigt ihren Kurs*. (GIGA Focus Asien, 4). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274531>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die chinesische Führung bekräftigt ihren Kurs

Günter Schucher, Karsten Giese, Margot Schüller, Katrin Willmann

Vom 5. bis 16. März 2007 tagte in Beijing der 10. Nationale Volkskongress (NVK). Internationale Aufmerksamkeit erregte vor allem die Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz privaten Eigentums.

Analyse:

Die NVK-Tagung machte als letzte große Tagung vor dem voraussichtlich Ende September stattfindenden 17. Parteitag der KP Chinas die Prioritäten der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung deutlich und kann damit auch als Indikator für den Stand intraelitärer Debatten um politische Schwerpunktsetzungen und Richtungsentscheidungen gelten.

- Die Agenda und die Beschlüsse der diesjährigen NVK-Tagung entsprechen der seit 2002 erarbeiteten Entwicklungskonzeption der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“. Im ideologischen Richtungsstreit um die Fortführung des Reformkurses mit liberalen und konservativen Kritikern gelang der Führungsspitze ein Durchbruch. Mit einer Bestätigung ihrer Reformpolitik ist somit auch auf dem Parteitag zu rechnen.
- Mit der Ratifizierung des Gesetzes zum Schutz privater Eigentumsrechte setzte sich die Führung um Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao gegen Kritiker durch und bekräftigte, dass sie ihren marktorientierten Reformkurs fortführen werde. Von der neuen Gesetzgebung werden insbesondere Unternehmer und die entstehende Mittelklasse profitieren.
- Die Partei- und Staatsführung ist sich deutlich bewusst, dass sie zur eigenen Absicherung die Vergrößerung der Kluft zwischen Stadt und Land und das Anwachsen sozialer Widersprüche stoppen muss. Ob ihr dies allerdings gelingen wird, ist zweifelhaft. Andererseits hat sie nach der Öffnung der KP-Mitgliedschaft für Privatunternehmer ihre Mittelstandsorientierung eindringlich unterstrichen.

Key words: Volksrepublik China, Nationaler Volkskongress, Eigentumsgesetz, Mittelstandspolitik, soziale Harmonie

1. Einführung

Vom 5. bis 16. März 2007 traten in Beijing die 2.978 Delegierten zur 5. Plenartagung des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) zusammen. Diese letzte große Tagung vor dem voraussichtlich Ende September stattfindenden 17. Parteitag der KP Chinas machte die Prioritäten der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung deutlich und kann damit auch als Indikator für den Stand intraparteilicher Debatten um politische Schwerpunktsetzungen und Richtungsentscheidungen gelten. Der folgende Beitrag wird die Ergebnisse des NVK in ihrer Breite diskutieren,¹ bevor eine zusammenfassende Bewertung der politischen Prioritätensetzung im Vorfeld des Parteitags unternommen wird.

2. Grundsatzrede des Ministerpräsidenten

Bereits im Vorfeld zur diesjährigen Plenartagung hielt Ministerpräsident Wen Jiabao eine Grundsatzrede mit dem Titel „Einige Erläuterungen zur historischen Aufgabe in der Anfangsphase des Sozialismus und der chinesischen Außenpolitik“, in der er die Fortführung der Reformen unterstrich, da nur die effektive Entwicklung der chinesischen Produktivkräfte und die weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung geeignet seien, die entstandene Disparität zwischen armen und wohlhabenden Teilen der Bevölkerung zu verringern und sozialen Spannungen entgegenzuwirken. Soziale und politische Stabilität seien nicht nur innenpolitisch von Bedeutung, sondern auch für Chinas internationales Agieren. Die Wahrung friedlicher Koexistenz mit anderen Nationen sowie die Absage an hegemoniale Strategien der Außenpolitik und militärische Aggression bildeten dabei die Richtlinien. Auch die Errungenschaften klassischer chinesischer Kultur sollten dazu beitragen, Chinas Einflussphäre auszuweiten.

In seiner stark ideologisch geprägten Rede bestätigte Wen die politische Linie im Weißbuch zum „Aufbau politischer Demokratie in China“ aus dem Jahre 2005 (China aktuell 6/2005, Dok. 7), das politische System eines Landes sei stets das Ergebnis historischer Prozesse und seiner soziokulturellen Rahmenbedingungen. Demnach seien Sozialismus und Demokratie nicht gegenseitig exklusiv, vielmehr handele es sich ähnlich wie in der Frage der

Menschenrechte oder des Rechtssystems um zivilisatorische Konzepte, die in unterschiedlichen Traditionen verschieden umgesetzt werden. In einer Pressekonzferenz im Anschluss an die NVK-Tagung wiederholte er entsprechend seine Ansicht von einem „chinesischen Weg zur Demokratie“ und bezog klar Position gegenüber ausländischen wie chinesischen Reformforderungen nach mehr politischer Partizipation der Bevölkerung.

Mit seiner Rede wenige Tage vor Beginn der Plenartagung des NVK vermittelte Wen ein deutliches Signal an den linken Flügel der Partei, der Vorwürfe erhoben hatte, die anstehende Verabschiedung des neuen Eigentumsgesetzes komme einem Ausverkauf der sozialistischen Grundlagen gleich. Zugleich gab er Konservativen wie Liberalen den Wink, demokratische und sozialistische Elemente im Sinne „chinesischer Charakteristika“ zu interpretieren und zu integrieren.

3. Außenpolitik für eine „harmonische Welt“

Außenpolitik ist traditionsgemäß kaum Thema einer Sitzungsperiode des Nationalen Volkskongresses. In seinem Arbeitsbericht informierte der NVK-Vorsitzende Wu Bangguo über die Außenbeziehungen des Nationalen Volkskongresses, die er als wichtigen Bestandteil der diplomatischen Anstrengungen Chinas bezeichnete. Obwohl der Begriff in den offiziellen Dokumenten nicht auftauchte, stellte – wie schon in Wens Grundsatzrede – Chinas außenpolitische Soft Power ein wichtiges Thema dar. Der NVK-Delegierte Peng Fuchang betonte, man dürfe die Wichtigkeit von Soft Power keineswegs unterschätzen, da das Wirtschaftswunder nur ein Aspekt des Aufstiegs Chinas auf der Weltbühne sei. China ist demnach bemüht, seinen Einfluss in der Welt durch Diplomatie und eine Verbesserung seines Image zu erweitern. In der Haushaltsplanung für 2007 ist eine Steigerung der so genannten Ausgaben für diplomatische Aktivitäten um gut 37 % auf 23 Mrd. Yuan RMB vorgesehen. Die Finanzmittel sollen dabei in erster Linie für Hilfsprogramme, Peacekeeping Missionen und steigende Mitgliedsbeiträge Chinas in internationalen Organisationen verwendet werden.

Kommentatoren der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua sprechen von einer Integration von Innenpolitik und Diplomatie, um Chinas Zielvorstellung einer „harmonischen Welt“ zu propagieren: Eine harmonische Entwicklung Chinas im Innern sei im Interesse der Welt und nütze dem Weltfrieden.

¹ Quellen und Autoren einzelner Abschnitte sind den entsprechenden Dokumentationen in China aktuell 2/2007 zu entnehmen.

Der Ausweitung des chinesischen Einflusses stehen jedoch auch große Hürden im Wege. Dazu zählen insbesondere Probleme im wirtschaftlichen Bereich wie etwa der chinesische Handelsüberschuss, die Frage des Umtauschkurses der chinesischen Währung oder Probleme im Hinblick auf den Schutz geistigen Eigentums, da aus außenwirtschaftlichen Friktionen durchaus außenpolitische werden könnten.

Der im Westen stark beachtete Anstieg des Verteidigungshaushalts um 17,8 % bestätigt zugleich die seit langem vorherrschende Tendenz zur Modernisierung und Stärkung militärischer („harter“) Kapazitäten, stellt allerdings angesichts des bisher ebenfalls zweistelligen Wachstums der Ausgaben keine wesentlich neue Qualität dar. Kritik daran bezog sich daher letztlich auch eher auf die fehlende Transparenz in diesem Bereich.

4. Wirtschaftsziele: Abgeschwächtes Wachstum und geändertes Wachstumsmodell

Während der NVK-Tagung legte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NRDC) ihren Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für 2006 und die Entwicklungsplanung für 2007 vor. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs danach 2006 um 10,7 %, die Regierungseinnahmen stiegen um 24,3 %. Für das Jahr 2007 sieht die Indikativplanung ein Wachstum des BIP um 8 % und damit um deutlich weniger als 2006 vor. Die Regierungseinnahmen sollen um rund 12 % zunehmen, dies wäre die Hälfte des Anstiegs gegenüber 2006.

Die politische Führung nannte verschiedene Probleme in der aktuellen Wirtschaftsentwicklung: den zu schnellen Anstieg der Anlageinvestitionen und der Kredite sowie das wachsende Ungleichgewicht in der Handelsbilanz. Um die Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu erreichen, sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Dazu zählt die Anhebung der Leitzinsen durch die Zentralbank, um die Kreditvergabe und damit das Investitionstempo abzubremesen.

Auf einer Pressekonferenz während des NVK bezeichnete Minister Ma Kai von der NDRC die BIP-Wachstumsrate des Jahres 2006 von 10,7 % zwar als im Wesentlichen normal, wies aber auf den hohen Preis des Wachstums hin. Ohne eine Veränderung des Wachstumsmodells, so Ma Kai, werde die Übernutzung der Ressourcen bestehen bleiben und es gebe keine positiven Aussichten für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Die im Rahmen der Indika-

tivplanung angekündigte Wachstumsrate von 8 % für das Jahr 2007 stehe für eine Veränderung der Art des Wirtschaftswachstums. Ziel sei es, die Strukturen anzupassen, die Qualität der wirtschaftlichen Abläufe zu verbessern und einen blinden Wettlauf um hohe Geschwindigkeit zu vermeiden.

Aufgrund der Energie- und Ressourcenknappheiten habe China, so Ma Kai, keine Alternative zum Übergang zu einer energiesparenden und umweltfreundlichen Gesellschaft. Die im 11. Fünfjahresprogramm angekündigten Ziele einer Reduzierung des Energieverbrauchs um 20 % und der Emissionen um 10 % bis zum Jahre 2010 würden nach wie vor relevant sein und nicht verändert werden. Die Preisanpassung von Energie wie Erdöl und Erdgas und anderen natürlichen Ressourcen wie Wasser wird als eine Maßnahme zur Umsetzung der Energie- und Umweltschutzziele betrachtet. In den derzeitigen Preisen spiegelten sich die Knappheit dieser Ressourcen und die Umweltkosten nicht wider. Dies werde den Wandel des Wachstumsmodells sowie den Aufbau einer ressourcensparenden und umweltfreundlichen Gesellschaft nicht unterstützen. Allerdings müssten bei einer Preisanpassung die unteren Einkommensgruppen besonders berücksichtigt werden.

Ma Kai nahm auch zu dem Vorwurf Stellung, dass Chinas wachsender Energiebedarf eine Bedrohung für die Weltenergieressourcen sei. China sei, so Ma Kai, in der Lage, die mit der Energienachfrage verbundenen Probleme grundsätzlich selbst zu lösen. Nach wie vor liege die Quote der Selbstversorgung mit Energie mit rund 90 % um durchschnittlich 20 % höher als in den OECD-Ländern und um 30 % höher als in den USA. Lediglich bei Erdöl und Erdgas bestünden Knappheiten, doch seien sowohl der Pro-Kopf-Verbrauch von Erdöl und Erdgas als auch der entsprechende Pro-Kopf-Import nach wie vor sehr niedrig. China habe außerdem noch Potenziale bei der eigenen Energieproduktion. Neben reichlichen Kohlevorkommen gibt es noch unerschlossene Erdöl- und Erdgasressourcen; hinzu kommt ein enormes Einsparpotenzial.

Insgesamt trägt China inzwischen mit rund 5,5 % zum globalen Output bei, konsumiert aber 15,5 % der weltweiten Energie. Nach Aussagen der Umweltschutzbehörde SEPA und des „China Modernisation Report 2007“ (herausgegeben vom China Centre for Modernisation Research, einem regierungsnahen Thinktank) hat China im Jahr 2006 alle selbst gesteckten Umweltziele verfehlt. Auch die Reduzierung des Energiekonsums um 4 % wurde

nicht erreicht, Kohle, der Hauptenergieträger, wurde sogar zu 9,3 % mehr verbraucht. Dem Modernisierungsbericht zufolge rangiert China hinsichtlich des Umweltschutzes unter 118 Ländern an 100. Stelle, was keine Veränderung zu 2004 darstellt.

5. Schutz des privaten Eigentums

Nach einer mehr als zehnjährigen Debatte und sieben Lesungen beim Ständigen Ausschuss des NVK wurde – mit weiteren 60 Änderungen während der diesjährigen NVK-Sitzung – das Eigentumsgesetz mit einer eindeutigen Mehrheit von 98 % der Stimmen verabschiedet. Es wird zum 1.10.2007 in Kraft treten und erstmals gleichen Schutz für private, staatliche und kollektive Eigentümer bieten. Bereits im Zuge der jüngsten Verfassungsänderung im Jahr 2004 hatte der Staat ein explizites Bekenntnis zur aktiven Förderung der nichtstaatlichen Wirtschaft abgelegt, die inzwischen rund zwei Drittel zum BIP beiträgt (China aktuell 3/2004: 259-274). Während der NVK-Jahrestagung im vergangenen Jahr war der ideologische Richtungsstreit am Beispiel der privaten Eigentumsrechte zuletzt zutage getreten und hatte die Regierung gezwungen, ihre Gesetzesvorlage vorerst wieder zurückzuziehen (China aktuell 2/2006: 51-59). Im Nachgang bemühte sich die parteistaatliche Führung immer wieder, ihren Führungsanspruch in der Reformpolitik zu untermauern (China aktuell 3/2006: 113-115).

Das Gesetz legt im Einzelnen fest, dass das Eigentum an Immobilien, produktivem Vermögen und Geldeinkommen geschützt ist. Weiterhin definiert das Gesetz das Recht auf Nutzung und Gewinnerzielung aus privatem Eigentum. Für die weitere Entwicklung des Immobilienmarktes ist außerdem von Bedeutung, dass die Landnutzungsrechte für die Eigentümer von Wohnungen in den städtischen Gebieten nach Ablauf der Vertragszeit von 70 Jahren automatisch verlängert werden. Das Gesetz schützt auch explizit staatliches Eigentum und legt fest, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche, die Einfluss auf die nationale Sicherheit haben, wie Verteidigung und Energie, im staatlichen Eigentum bleiben werden.

Ein wichtiger Punkt im Gesetz ist die Regelung des Bodeneigentums in den ländlichen Gebieten. So sieht das Eigentumsrecht keine Veränderung der Nutzungsrechte für die Bauern vor, die auf in der Regel 30 Jahre angelegt sind. Bauern dürfen das ihnen zuteilte Land zwar an Dritte unterverpachten, diese Nutzungsrechte aber nicht verkaufen oder

eine Hypothek darauf nehmen. Zwar will das Gesetz den Transfer von Land für die städtische Nutzung begrenzen, schützt die Bauern aber nicht vor einer Enteignung durch die Regierung. Allerdings verlangt das Gesetz Kompensationszahlungen für Bauern entsprechend ihrem Lebensstandard.

Insgesamt hat das Eigentumsgesetz wichtige Funktionen im Übergang zur Marktwirtschaft zu erfüllen. Hierzu zählt vor allem die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens. Die nach langer Diskussion verabschiedete Gesetzgebung gilt außerdem als Symbol für einen nicht mehr umkehrbaren Reformkurs. Trotz dieser positiven Rolle, die das Gesetz im Reformprozess spielt, warnen kritische Beobachter davor, seine Bedeutung zu überschätzen. So wird es aus Sicht von Zhu Xueqin, Historiker und Regierungsexperte in Shanghai, die Diskussion um die Reformpolitik, die die Korruption verstärkt und die Bereicherung bestimmter Gruppen in der Gesellschaft fördert, nicht unterbinden: „My own view is that the leftist voices that have emerged are not going to disappear because we have a property law. On the contrary, they are stronger now than they have been in some time.“

6. Ausländische Investitionen: Mehr Gewicht auf Qualität

Zum 1. Januar 2008 wird die steuerliche Bevorzugung ausländischer gegenüber inländischen Unternehmen aufgehoben. Diese gesetzliche Veränderung ist ein Schlusspunkt unter eine langjährige Diskussion um die steuerliche Bevorzugung ausländischer Unternehmen. Mit der Gesetzesanpassung wird ein einheitlicher Steuersatz von 25 % für alle Unternehmen gelten. Zurzeit zahlen ausländische Unternehmen 15 % und kommen in den Genuss sonstiger Steueranreize. Handelsminister Bo Xilai wies in einem Interview darauf hin, dass die Vereinheitlichung dazu beitragen wird, eine faire Wettbewerbssituation zu schaffen. Die chinesischen Staatsunternehmen zählen zu den Gewinnern dieser steuerlichen Anpassung; sie hatten bisher die höchsten Steuersätze von 33 % zu zahlen.

Nach Angaben des Handelsministers werden mit Auslandskapital finanzierte Unternehmen im Hightech-Sektor allerdings nach wie vor lediglich 15 % Steuern bezahlen müssen. Es wird daher damit gerechnet, dass Lokalregierungen versuchen werden, solche ausländischen Investoren zu finden, die in Hightech-Sektoren mit niedrigen Steuersätzen

investieren wollen. Ob sich ausländische Unternehmen durch die Steueranpassung um 10 % ansonsten von einer Investition in China abschrecken lassen, bleibt abzuwarten. Der große chinesische Markt wird auch weiter hohe Attraktivität aufweisen.

7. Abmilderung sozialer Widersprüche

Großes Gewicht legte Ministerpräsident Wen in seinem Bericht auf soziale Errungenschaften und Reformen, er ging aber auch auf konkrete Probleme ein. Damit entsprach er der neuen Entwicklungskonzeption der Führung Hu-Wen, die in Abkehr von ihren Vorgängern erkannt hat, dass die alleinige Betonung wirtschaftlichen Wachstums zu sozialen Problemen führen kann, die nicht nur der Entwicklung des Landes abträglich, sondern auch für die Stabilität der Regierung gefährlich werden können. Er traf anscheinend den Nerv der Delegierten, die applaudierten, als Wen erklärte, die Regierung müsse für soziale Gerechtigkeit und Fairness sorgen, damit alle Menschen in China die Früchte von Reform und Entwicklung genießen könnten. Allerdings fehlte in Wens Bericht sowohl jegliche Ursachenanalyse als auch – bei der Nennung von Erfolgswerten – der Vergleich mit vorhergehenden Jahren oder Planzielen, sodass das von ihm gezeichnete Bild viel zu positiv ausfiel.

So hob Wen hervor, dass es gelungen sei, den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu heben. 11,8 Millionen Menschen in den Städten haben eine Anstellung gefunden und das jährlich verfügbare Pro-Kopf-Einkommen erreichte 2006 in den Städten 11.759 Yuan und auf dem Lande 3.587 Yuan. Unerwähnt lies Wen, dass aufgrund der von ihm ebenfalls genannten Steigerungsraten von 10,4 % in den Städten und 7,4 % auf dem Lande die Einkommensschere immer weiter auseinander klafft. Der reale Einkommensanstieg für die ländliche und die städtische Bevölkerung soll 2007 jeweils 6 % betragen, also kein unterschiedliches Entwicklungstempo mehr aufweisen. Wie dies geschehen soll, bleibt unklar.

Wen erwähnte auch weiter bestehende „Widersprüche und Probleme“ – ein Hinweis auf soziale Konflikte – sowie Versäumnisse der Regierungsarbeit, blieb dabei in seinen Ausführungen aber sehr unspezifisch. Als hervorstechendste Probleme, „die die Interessen der Massen berühren“, nannte er die Sicherheit von Lebensmitteln und Medikamenten, die medizinische Versorgung, Schulgebühren, die

Einkommensverteilung, die öffentliche und die Produktionssicherheit. „Verletzt“ würden die Interessen der Massen durch Landnahmen, die Zerstörung von Häusern, Umsiedlungen, Unternehmensreformen und Umweltschäden – Probleme, die „noch nicht grundsätzlich gelöst seien“.

Die zuletzt genannten Fragen betreffen in erster Linie die Bauern, die rund die Hälfte derjenigen stellen, die sich aktiv an so genannten „Massenvorfällen“, also Protesten jenseits der zugelassenen Kanäle wie Beschwerden, Klagen oder Petitionen beteiligen. Zwar wurde im Einklang mit der angeblich erfolgreichen Politik der „Harmonisierung“ der Gesellschaft bekannt gegeben, dass die Vorfälle im ländlichen Bereich im letzten Jahr um 22 % abgenommen haben (nach anderen Berichten von 26.000 auf 23.000). Aber diese Zahlen sind wenig glaubhaft und spiegeln eher das Meldeverhalten von Lokalkadern wider, die sich ins rechte Licht setzen wollen.

Zu den Hauptursachen für bäuerliche Proteste gehören neben Umweltschäden und Mängeln im Gesundheitswesen die zum Teil willkürlichen und häufig gering kompensierten Landnahmen. Das vom NVK verabschiedete Gesetz zum Schutz des Privateigentums wird hier keine grundlegende Abhilfe schaffen, da es die Eigentumsrechte am Boden nicht löst. Laut Chen Xiwen, stellvertretender Minister im Büro der Zentralen Führungsgruppe für Finanz- und Wirtschaftsfragen, sind Landnahmen der Grund für die Hälfte aller Unruhen im ländlichen Raum; 30 % werden durch die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel und weitere 20 % durch Umweltschäden veranlasst.

Auch der Arbeitsmarkt wird trotz der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten noch auf geraume Zeit ein Sorgenkind der Regierung bleiben, denn die demographische Entwicklung dürfte erst um 2015 für Entlastung sorgen. Wen hob daher die aktive Arbeitsmarktpolitik der Regierung hervor. Im kommenden Jahr sollen in den Städten „nicht weniger als neun Millionen“ Jobs entstehen und die registrierte Arbeitslosenrate soll höchstens 4,6 % erreichen. Beim Ausbau der sozialen Sicherungssysteme sollen auch die Wanderarbeiter einbezogen werden, zunächst in die Unfall- und Krankenversicherung. Sie waren bisher vor allem bei Unfällen oft schutzlos und verloren zusätzlich zu ihrer Gesundheit auch den Arbeitsplatz. Ausgeweitet werden sollen die Sicherungssysteme auch auf Zeitarbeiter und Angestellte in privaten Unternehmen. Damit würde endlich auf die gewaltigen Veränderungen im Beschäftigungsbereich reagiert, in dem die staatlichen Angestellten

nur noch einen kleinen Teil der Arbeitskräfte stellen und in dem atypische Beschäftigungsformen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Auch Arbeitsminister Tian Chengping wies auf die Probleme des Arbeitsmarktes hin. Obwohl im Jahr 2006 ein Rekord an Neueinstellungen erzielt werden konnte, blieben rund zwölf Millionen Arbeitsuchende ohne Anstellung. Für 2007 wird mit rund 24 Millionen neuen Arbeitsuchenden in den Städten gerechnet. Bei dem angestrebten gemäßigteren Wirtschaftswachstum geht die Regierung von neun Millionen neuen Arbeitsplätzen in diesem Jahr aus, weitere Arbeitslose sollen über die Wiederbesetzung freigewordener Plätze eine Beschäftigung finden.

8. Ausblick: „Nach dem Kongress ist vor dem Parteitag“

Die Agenda und die Beschlüsse der diesjährigen NVK-Tagung entsprechen der neuen Entwicklungskonzeption der „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ und dem qualitativen und nachhaltigen Wachstumsmodell, wie sie von Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao seit längerem verfolgt werden. Im ideologischen Richtungsstreit um die Fortführung des Reformkurses mit liberalen und konservativen Kritikern aus Partei- und Intellektuellenkreisen gelang der Führungsspitze nun gegen Ende ihrer ersten Amtsperiode ein Durchbruch. Mit einer Bestätigung ihrer Reformpolitik ist somit auch auf dem Parteitag zu rechnen. Der Wandel hin zu einem langsameren, auf Qualität basierendem nachhaltigen Wachstum dürfte allerdings gegen den zu vermutenden, zumindest passiven Widerstand der Lokalregierungen kaum umsetzbar sein. Der Erfolg der geplanten Abbremsmaßnahmen ist deshalb höchst fraglich.

Mit der Ratifizierung des Gesetzes zum Schutz privater Eigentumsrechte setzte sich die Führung Hu-Wen in dem jahrelangen ideologischen Konflikt zwischen liberalen Reformern und konservativen Kräften der „Neuen Linken“ innerhalb der KP Chinas durch. Sie bekräftigte nicht zuletzt damit, dass sie ihren marktorientierten Reformkurs fortführen wird. Von der neuen Gesetzgebung werden insbesondere Unternehmer und die entstehende Mittelklasse profitieren. Den Bauern werden weiterhin keine vollständigen Eigentumsrechte an dem von ihnen gepachteten und bewirtschafteten Land gewährt, was vor allem liberale Reformkräfte bemän-

geln. Eine schärfere Kontrolle der Landnahmen und angemessene Kompensation könnten sich jedoch positiv auf ihre soziale Lage auswirken. Obwohl die Verabschiedung des Gesetzes als wichtiger Schritt hin zu einer „rule-of-law“-Situation angesehen werden kann, weisen kritische Stimmen auch darauf hin, dass für die erfolgreiche Anwendung des Gesetzes bestimmte Voraussetzungen erforderlich sind, u. a. eine unabhängige Rechtsprechung, verlässliche Beamte und eine relativ offene Medienlandschaft.

Das Gesetz zur Gleichstellung von in- und ausländischen Unternehmen soll die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen stärken. Durch die Beseitigung besonderer Rechte für Wirtschafts-sonderzonen und andere Gebiete wird das Gesetz auch Einfluss auf die regionalen Unterschiede in China ausüben. Klare Signale setzt es außerdem für die Innovationspolitik, indem es Anreize für die Umstrukturierung der Wirtschaft und für Investitionen in Engpassbereiche wie Infrastruktur und Agrarsektor bietet.

Die Partei- und Staatsführung ist sich deutlich bewusst, dass sie zur eigenen Absicherung die Vertiefung der Kluft zwischen Stadt und Land und die Zunahme sozialer Widersprüche beenden muss. Inwieweit es ihr allerdings gelingen wird, ihre Ziele im nächsten Jahr umzusetzen, muss offen bleiben. Erstens ist die Mittelstandsorientierung erheblich ausgeprägter und entspricht auch der weiterhin bestehenden Priorität wirtschaftlichen Wachstums. Zweitens stellt die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor den größten Anreiz für lokale Regierungskader dar; die Erreichung von Umwelt- und sozialpolitischen Zielen soll zwar in deren Bewertung künftig einfließen, wirkt sich aber noch nicht aus. Drittens müsste selbst nach Aussagen von Wen Jiabao die Transparenz des Regierungshandelns erhöht werden und die Bevölkerung eine größere Rolle spielen. Dabei geht es ihm vor allem um verbesserte und verlässlichere Verwaltungsverfahren, nicht um Demokratie im westlichen Sinne. Auch darin sieht die Zentralregierung ein Mittel, die Lokalregierungen auf ihre Linie zu bringen – eine unabdingbare Grundlage für die Umsetzung aller wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele.

■ Die Autorinnen und Autoren

Dr. Günter Schucher, Dr. Karsten Giese, Dr. Margot Schüller und Katrin Willmann M.A. sind wissenschaftliche Mitarbeiter/innen am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: ias@giga-hamburg.de.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme) befasst sich Heike Holbig mit Fragen der politischen Legitimität der chinesischen Führung. Im Forschungsschwerpunkt 3 (Transformation in der Globalisierung) forschen Karsten Giese zu den Soft-Power-Kapazitäten Chinas, Margot Schüller zur chinesischen Innovationsstrategie und Günter Schucher zum sozialen Wandel in China.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Heike Holbig (2006): Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era, GIGA Working Paper No. 18, March.

Günter Schucher (2006): Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität, in: China aktuell, Nr. 5, S. 47-63.

Heike Holbig (2006): Ideologische Gratwanderung. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses, in: China aktuell, Nr. 2, S. 51-59:

Heike Holbig (2005): „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“, „harmonische Gesellschaft“ und „eigenständige Innovation“: neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao, in: China aktuell, Nr. 6, S. 13-19.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM